Nr. 156. 48. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Dienstag, 8. April 1919

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der Rätekongreß.

Von dem Generalstreik, der für heute angedroht war, und dem Rätekongreß den bewegten Hintergrund mit der großen Massenwirkung geben sollte, ist bisher nichts zu sehen. Der allgemeine Streik der Bankbeamten dürfte heute Nachmittag verkündet werden, und es scheint, daß er über Groß-Berlin hinausgreifen wird. In der Bank für Handel und Industrie hatten die Beamten schon heute früh die Arbeit eingestellt. Wie die Bankbeamten dürften die Banken selber entschlossen sein, solidarisch vorzugehen. Dieser Bankbeamtenstreik gehört in das Gebiet der Lohnbewegungen, hat also mit dem Rätekongreß und mit politischen Dingen nichts zu tun. Einstweilen wird von keiner Seite her, aus keinem Groß-Berliner Industriegebiete, etwas über Arbeitseinstellungen, die auf politische Gründe zurückzuführen wären, mitgeteilt. An manchen Häuserwänden sieht man ein rotes Plakat, auf dem die andeutungsreichen Worte „Für morgen" stehen. Es ist nicht zu enträtseln, ob das ein Signal ist, ob es die Bevölkerung nur nervös machen soll, oder ob es sich gar nicht auf Generalstreik und ähnliche Unternehmungen bezieht. In der „Republik" erklärt der Unabhängige oder Kommunist — man weiß nicht recht — Ernst Däumig, an einen Generalstreik für den 8. April habe niemand gedacht. Herr Däumig versichert, die ganze Generalstreikgeschichte gehöre zu den „plumpesten und verlogensten Lockspitzelmethoden", mit denen die Regierung ihre „Gewaltmethoden" rechtfertigen wolle. Was die „Gewaltmethoden" betrifft — die Herrschaften, die in München nur mit dem unverschämten Terror, mit der Gewehrbedrohung, einer waffenlosen Bevölkerung die Rätediktatur aufzwingen und den Reichsminister Landsberg als „Geisel" nach Braunschweig zu schleppen versuchten, sollten doch nicht so viel über die schließlich nur zur Abwehr dienende Gewaltanwendung durch andere schreien! Sie sind doch selber nur die Zwillingsbrüder der militaristischen Vergewaltigungsmenschen, und wenn sie sich über die Gewalt beschweren, die zufällig nicht ihnen zugute kommt, und sich als friedfertige Apostel aufspielen, so ist das nur eine höchst unsaubere Heuchelei.

In München scheint die neue „Räterepublik" sich selbst bei den Radikalen und Radikalsten keiner besonderen Anerkennung zu erfreuen. Die reinen Kommunisten der Herren Dr. Lewien und Mühsam finden das neue System noch nicht bolschewistisch genug. Natürlich liegt die Sache einfach so, daß der eine dem andern den Platz auf der umstrahlten Höhe nicht gönnt. Jeder der Herren hat nicht nur sein eigenes kleines revolutionäres Dogma, sondern jeder hat auch seinen Ehrgeiz und die Sehnsucht nach der Macht. Falls sie nicht vorher gemeinsam beseitigt werden, werden sie sich über kurz oder lang untereinander auffressen, und das wird gewiß ein lehrreiches Schauspiel sein. Leider tragen sie an jedem Tage ihrer Herrschaft zum Ruin des Wirtschaftslebens und zur Zermürbung des deutschen Volkes bei. Da die Münchener „Räterepublik" natürlich, als erstes, die in Bayern ohnehin schon genügend geschändete Pressfreiheit gänzlich abgeschafft und sich aller Nachrichtenstellen bemächtigt hat, so wird gegenwärtig Deutschland mit offiziellen Meldungen versorgt, aus denen sich ergeben soll, daß die eigentliche bayerische Regierung, die sich jetzt in Bamberg befindet, von Gott, der Welt und allen Bayern verlassen sei. Es wird verkündet, in Regensburg, in Ansbach, in vielen anderen Städten, und selbst in Franken sei „die Räterepublik" ausgerufen" worden und anerkannt. Man braucht gar nicht daran zu zweifeln, daß das alles stimmt. Es fragt sich nur immer, von wem die Räterepublik „ausgerufen" worden ist. Wenn in einer Stadt nicht die mindeste Widerstandsmöglichkeit besteht, dann genügt es, daß ein paar Arbeiter- und Soldatenräte auf den Markt gehen, die Räterepublik „ausrufen", die Glocken in Bewegung setzen und erklären, die historische Tat sei vollbracht. Wem will man erzählen, diesem „Ausrufen", das nur durch die Bedrohung und die Niederknüppelung jeder freien Meinungsäußerung möglich ist, komme für die Beurteilung der Stimmung in Bayern irgendeine Bedeutung zu? Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie die in Bamberg residierende Regierung „nach wie vor als den Ausdruck des Mehrheitswillens des bayerischen Volkes" ansehe, und sie läßt dem Vertreter dieser Regierung im Staatenausschuß Stimme und Sitz. Daß in jedem Falle die Herren Soldmann, Silvio Gesell, Landauer, der offenbar für alles zu habende Dr. Jaffé und die übrigen Münchener „Volksbeauftragten" nicht den „Mehrheitswillen des bayerischen Volkes" ausdrücken, bedarf des Beweises nicht.

Herr Ernst Däumig hat in seinem schon erwähnten Artikel sich mit dem Rätekongreß befaßt, der heute zusammengetreten ist und dem er selber angehört. Er sagt, das Wahlreglement, nach dem dieser Kongreß gewählt wurde, schlage „den proletarischen und revolutionären Charakter des Rätesystems frech ins Gesicht". Nach dieser nicht gerade höflichen Vorbemerkung nennt er, poetischer, das Rätesystem ein „Bett im wilden Wogenschlag der Zeit". Er erklärt, die Vorgänge in Bayern und im Ruhrgebiet sollten den Kongreßteilnehmern als Warnungszeichen dienen, spricht vom Volkszorn und weist im voraus „Regierungsalmosen für die Arbeiterräte" zurück. Zu diesen Almosen dürfte er wohl auch den Antrag des früheren Abgeordneten Cohen-Reuß rechnen, den wir im Morgenblatt veröffentlicht haben, und der den Rätekongreß beschäftigen wird. Herr Cohen-Reuß wünscht neben dem Reichstag und den anderen Volkskammern Nebenparlamente, die er „Kammern der Arbeit" nennt. Jedes Gesetz bedürfe der Zustimmung beider Kammern, doch erhalte ein Gesetz, das drei Jahre hindurch von der Volkskammer angenommen werde, Gesetzeskraft. Im einleitenden Paragraphen sagt Herr Cohen-Reuß von dem bisherigen demokratischen System: „Die formaldemokratische bürgerliche Demokratie wertet in ihrem Vertretersystem die Bevölkerung nach der bloßen Zahl." Diese Worte haben wir schon früher gelesen, sie sind uns nicht unbekannt. Als die Konservativen und Schwerindustriellen gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht kämpften, wurden diese Worte von der „bloßen Zahl" mit Vorliebe gebraucht. Damals standen sie in der „Kreuz-Zeitung", in der „Deutschen Tageszeitung" und in allen Blättern der Reaktion.

* * *

Die politische Lage in München.

Die Haltung der Bürger und Bauern.

Die Banken geschlossen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 8. April.

Nach der Feier des zum Nationalfeiertag erklärten 7. April hörte der Generalstreik heute auf. Die Betriebe arbeiten wieder. Die Geschäfte sind geöffnet, die Bahnen verkehren. Es herrscht Ruhe in der Stadt. Nur die Banken haben sämtlich heute noch geschlossen, denn der Zentralrat hat diese Nacht bestimmt, daß Bankräte in jede Bank abgeordnet werden, um die Direktionsgeschäfte wahrzunehmen und sie zu kontrollieren. Die Räte haben die Befugnis, alle ausgehenden Schriftstücke und alle Schecks mit zu unterzeichnen. Ihre Hauptaufgabe ist die Verhinderung der Kapitalsabwanderung. Die Schließung der Banken hat in den bürgerlichen Kreisen eine gewisse Erregung verursacht. **Es wird auf den Straßen offen und laut zum Bürgerstreik aufgefordert.**

Die gestern amtlich verbreitete und von uns wiedergegebene **Liste der neuen Volksbeauftragten** hat wieder zum Teil ihre Gültigkeit verloren. Professor Jaffé erklärte mir, er könne die Wahl nicht annehmen; auch der Bauernbündler Steiner dürfte ablehnen.

Indessen wird die Besorgnis immer stärker, wie sich denn die Bauern zu der Münchener Räterepublik stellen werden. Die Gefahr einer Abschneidung von Lebensmitteln, überdies von Kohle aus dem preußischen Norden, ist überaus groß. Zweifellos ist ein Teil der Bauern unter dem Einfluß des Bauernbundes und des Krieges stark radikalisiert, längst aber noch nicht bolschewistisch und kommunistisch gesinnt. Erst beim letzten Rätekongreß, als es sich um die Ablehnung der Räterepublik handelte und ein Delegierter bemerkte, **eine bayerische Republik würde nicht weiter als von Schwabing nach Pasing** reichen, betonte ein Bauernbündler die gesunde Besitzfreudigkeit des bayerischen Bauern. Trotzdem ist die Mehrzahl der Bauernschaft nicht bauernbündlerisch gesinnt sondern gehört eben zur Anhängerschaft des Zentrums. Dr. Heim, der Bauerndoktor, ein vielvermögender Mann auf dem Lande, braucht bloß den Mut aufzubringen, die Bauernschaft gegen München zu mobilisieren, und sie zur

Sperre der Lebensmittel

aufzuheben — **dann ist München geliefert.** Aber es ist auch zu bedenken, daß der Kampf um die Durchsetzung der Räterepublik desto verzweifelnder sein wird, je verzweifeltere Mittel gegen sie angewendet werden.

Die Münchener Zeitungen sind wieder unter Vorzensur gestellt. Eine Reihe von Zensoren wacht bei den einzelnen Blättern sowohl über die tatsächlichen, wie über die Meinungsäußerungen. Die Presse ist verpflichtet zum Abdruck der Kundgebungen der revolutionären Instanzen. Die Sozialisierung der Presse soll so beschleunigt werden, daß sie in der Hauptsache noch in dieser Woche vollendet werden kann. Ueber die Form dieser Sozialisierung ist aber alles noch im Unklaren. In der Stadt kommt es bis in die Mittagsstunden zu erregten Szenen der Bürgerschaft. Die Bürgerschaft ist der Meinung, daß die Bankkonten in den Banken beschlagnahmt worden sind. Das ist aber keineswegs der Fall. Die Anordnung gegen die Kapitalsabwanderung hat etwa folgenden Inhalt: Alle Vergütungen, Sendungen und Zahlungen im Betrage von mehr als 5000 Mark, die nach außerbayerischen Gebieten bewirkt werden, sind der zuständigen Kontrollstelle des Zentralwirtschaftsamtes zu melden.

Wie aber wirklich die Stimmung in München ist, davon gibt die **offiziöse Warnung des Zentralrates** eine Beispiel. Diese Warnung lautet:

„Durch das Verhalten von Offizieren, Studenten und anderer Bürgerssöhne seit der Ausrufung der Räterepublik wurde die öffentliche Sicherheit gefährdet. Die Verbreitung von antisemitischen, verhetzenden Flugblättern, welche von feigen Gesellen aus rasend dahinfahrenden Autos herausgeworfen wurden, wird ohne Zweifel in kürzester Frist die Regierung dazu zwingen, alle die Personen, die die Ruhe der Stadt gefährden, festzunehmen und sofort vom Revolutionstribunal aburteilen zu lassen."

Aus der Provinz treffen Nachrichten ein, nach denen sich nicht nur Nürnberg, in dem der eintägige Generalstreik heute von den Unabhängigen erklärt wurde, sondern auch Passau, Rosenheim, Traunstein, Ansbach und eine Reihe kleinerer Orte für die Räterepublik erklärt hatten, wohlverstanden sind es dort immer nur einzelne Arbeiter- und Soldatenräte oder einzelne Volksversammlungen, die diese Erklärung für die Räterepublik abgaben.

Nürnberg, 8. April. (W. T. B.)

Durch Plakatanschlag wurde heute früh die Verhängung des Kriegszustandes über die hiesige Stadt bekanntgegeben. Umzüge und Kundgebungen sind verboten. Zwischen 11 und 5 Uhr ist das Betreten der Straß eunterfagt.

Schweinfurt, 8. April. (W. T. B.)

Die Stadt hat sich der Räterepublik angeschlossen.

Ansbach, 8. April. (W. T. B.)

Eine von der sozialdemokratischen Partei, dem Gewerkschaftskartell und der Unabhängigen Partei zu gestern abend berufene Massenversammlung hat sich nach einigen Ansprachen einstimmig für die Räterepublik ausgesprochen, die schon gestern mittag ausgerufen worden war, ohne daß die Führer gewußt hätten, wie die Arbeiterschaft sich dazu stellen werde.

Hof i. B., 8. April. Hier ist gestern die Räterepublik ausgerufen worden.

Die Eröffnung des zweiten Rätekongresses.

Im Sitzungssaale des Herrenhauses wurde heute früh der Zweite Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands eröffnet. Die Eingänge des Herrenhauses standen unter starker Bewachung und Kontrolle von Regierungstruppen. **Um ½9 Uhr erschien am Eingang ein Trupp Soldaten ohne Abzeichen, mit Gewehren über der Schulter, der angeblich den Auftrag hatte, die Wachen abzulösen.** Da der Wache aber nichts davon bekannt war, wurde der Trupp abgewiesen und mußte wieder abziehen. Sonst wickelte sich der Verkehr vor dem Herrenhause in der Leipziger Straße in den Morgenstunden in aller Ruhe ab. Der Saal füllte sich sehr langsam, so daß die Sitzung mit einstündiger Verspätung eröffnet wurde. Die Unabhängigen und die bisher festgestellten vier Kommunisten haben auf der linken Seite des Hauses Platz genommen, die Demokraten und die übrigen bürgerlichen Vertreter auf der rechten Seite. Das Zentrum bilden in überwiegender Mehrheit die Mehrheitssozialisten.

Die Zahl der **Anträge** ist auf 22 angewachsen. Es sind dem Kongreß noch eine Anzahl Anträge des Zentralrates zugegangen. Unter ihnen sind zu erwähnen ein Antrag auf Erfassung sämtlicher Lebensmittelvorräte des Heeres und Verteilung an die Minderbemittelten, dann ein Antrag an die Nationalversammlung, ein Gesetz mit sofortiger Wirksamkeit zu erlassen, wonach die Unterschiede des Standes und der Geburt abgeschafft, die Führung des Adelsprädikates verboten ist. Schließlich ein Antrag auf Kommunalisierung des Beerdigungs- und Bestattungswesens, das in einer einheitlichen Aufmachung zu erfolgen haben soll. Der 1. Mai und 9. November sollen als Arbeiterfeiertage mit vollständiger Arbeitsruhe erklärt werden. Ein nicht unterzeichneter Antrag hat folgenden Wortlaut: Die Angemessenheit der zu zahlenden Entschädigungen an die Arbeiterräte setzen nicht die zur Kontrolle bestimmten Behörden, sondern die Arbeiterräte selbst fest.

Als Regierungsvertreter

waren bei Beginn der Sitzung anwesend: Kultusminister Haenisch und von der württembergischen Regierung Kultusminister Heymann. Erwartet werden noch die Reichsminister Robert Schmidt und Wissell. Die einzige Frau im Saale ist die als Gast anwesende Frau Simon (Westpreußen), Mitglied der Nationalversammlung.

Leinert, Präsident der preußischen Nationalversammlung, eröffnet namens des Zentralrates um 10 Uhr die Sitzung mit Begrüßungsworten. Schwere, ernste Arbeiten stehen uns bevor. Noch befinden wir uns mitten in der Revolution, und gewaltige geistige Kämpfe werden noch ausgefochten. Noch ringen die einzelnen Gruppen und Parteien um Anerkennung und Herrschaft. Beim Schluß des ersten Rätekongresses lag die Zukunft des deutschen Volkes noch vollständig im Dunkeln. Auch jetzt ist noch nicht alles geklärt, aber es heben sich bereits die Umrisse der Neugestaltung ab. Der erste Kongreß hat sich für die Nationalversammlung erklärt, wonach jeder Deutsche vollständig gleichberechtigt sein soll. Die Nationalversammlung in Weimar hat ein großes Werk geschaffen, um auf Jahrzehnte hinaus dauernde Bestimmungen für die Gestaltung des Reiches zu beschließen. Wir wollen hoffen, daß die Erwartungen an die Nationalversammlung in Erfüllung gehen und daß Beruhigung geschaffen wird. Die Revolution ist nicht gemacht worden, damit das deutsche Volk seine Unterdrücker wechselt und an Stelle der Junker die imperialistischen Eroberer fremder Völker hatten. (Beifall.) Schwere Bedingungen sind dem deutschen Volke bereits durch den Waffenstillstand auferlegt worden, und durch die Annahme dieser Bedingungen ist Deutschland bereits bis an die Grenze des Entgegenkommens gegangen. Mehr ist nicht erträgbar. Wenn die Regierungen der Entente glauben, das deutsche Volk müsse erniedrigt werden, und wenn sie glauben, dieses Ziel erreichen zu können, so werden sie sich in dem deutschen Volke getäuscht haben. Der militärische Sieg über Deutschland gibt der Entente kein Recht, gegen das deutsche Volk eine Erpresserpolitik zu treiben. (Sehr richtig!) Der zweite Rätekongreß tagt zu einer Zeit, da auch im Innern des Reiches schwere Kämpfe vor sich gehen. Vielfach sind

an die Stelle der geistigen Waffen Maschinengewehre

getreten, Generalstreik und Demonstrationsstreik sind noch im gegenwärtigen Augenblick zur Durchsetzung politischer Forderungen an der Tagesordnung. Vergewaltigung einer Mehrheit durch Minderheit sind noch nicht erledigt. (Hört, hört! bei den Unabhängigen.) Die Demokratie hat sich bei uns noch nicht durchgesetzt, die Achtung vor der Ansicht anderer ist noch nicht Gemeingut des deutschen Volkes geworden. Die fortwährenden Unruhen